

BAMF-Gespräch am 25.5.2009

Am 25. Mai waren Reza Karimitari, Miriam Herrmann, Ilse Kowatschewitsch (alle Honorarlehrer und Aktion-Butterbrot-Mitglieder) zusammen mit Dr. Stephanie Odenwald (GEW-Vorstand/Frankfurt), Inge Müller (GEW/Rheinland-Pfalz und Honorarlehrerin) und Peter Weiß (GEW/Bayern Büro für Weiterbildung) beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg zu einem Gespräch mit Frau Jordan (Abteilungspräsidentin/Integration), Frau Saumweber (Integrationskurse Finanzen), Herrn Ryfisch und Frau Knipping (Steuerung der Integrationskurse); gegen Ende kam noch Herr Star (Prüfungen).

Unsere Argumentationsbasis waren die Anforderungskataloge an die Honorarlehrer seitens des BAMF; ein Vergleich der Vergütung der HonorarlehrerInnen mit den ErzieherInnen und RealschullehrerInnen; mehrere konkrete Einkommensaufstellungen (nahe an Hartz-IV); Berechnungen von Trägern; Arbeitsaufwand der Träger; außerdem die für uns Honorarlehrer relevanten Paragraphen 43 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes und § 20 Absatz 5 der Integrationskursverordnung; die Ergebnisse der Ramboll-Studie; Drucksache Deutscher Bundestag (Erfahrungsbericht der Bundesregierung zu Durchführung und Finanzierung der Integrationskurse nach § 43 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes). Diese Unterlagen wurden zusammen mit unseren Forderungen (Forderungskatalog wird im Anhang dieser Mail mitgeschickt) und ca. 250 Unterschriften von Honorarlehrern am Schluss des Gesprächs dem BAMF übergeben. (Danke an alle, die mir noch die Unterschriftenlisten zugesandt haben, ihr könnt auch noch weitersammeln, ich scanne sie alle ein, sie sind virtuell noch da!)

Ablauf des zweieinhalbstündigen Gesprächs:

Unsere Hauptgesprächspartnerin war Frau Jordan, als Vertreterin vom BAMF, im weiteren werden wir die Äußerungen nicht Frau Jordan zuschreiben, sondern dem BAMF, da Frau Jordan nur als Vertreterin dieser Behörde und als Vertreterin der Politik spricht.

Zu Beginn wurde über die Qualifizierung gesprochen:

Die Nachschulungen laufen, es wird über eine Übergangsregelung nachgedacht, das BAMF wird Mitte des Jahres bekannt geben, wie es nach 2009 aussehen sollte. Die GEW sieht nicht ein, dass Kollegen, die ihr Wissen autodidaktisch erworben haben, nicht mehr zugelassen werden sollen, denn da geht sehr viel an Fachwissen und guter Arbeit verloren.

Der nächste Punkt war der § 20 der Integrationsverordnung

Dr. Stephanie Odenwald argumentierte und untermauerte mit diesem Paragraphen, dass das BAMF auch für die Honorierung der Honorarlehrer zuständig ist („(5)Die Zulassung kann mit Auflagen erteilt werden, insbesondere zur Vergütung der Lehrkräfte oder zum Verfahren der Kostenerstattung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben ist das Bundesamt berechtigt, bei den Kursträgern Prüfungen durchzuführen, Unterlagen einzusehen und unangemeldet Kurse zu besuchen.....“).

Das BAMF reagierte: es handelt sich hier um eine Verordnung und es läge nicht im Ermessen vom BAMF ein Mindesthonorar (wie damals vom Sprachverband praktiziert) zu installieren. Außerdem: „Das BAMF hat keinerlei rechtliche Beziehung zum Honorarlehrer. Der Vertragspartner sind die Träger“. Das BAMF ist finanziell nicht für die Honorarlehrer verantwortlich. Das BAMF könne nicht in den Vertrag zwischen Trägern und Lehrkräften eingreifen und ein grundgesetzlich verbrieftes Recht übergehen.

Unsere Reaktion war, dass das BAMF durchaus an uns Ansprüche (hohe Qualität!) stellt (Konzept vom BAMF), doch dass diese Ansprüche vom BAMF dann nicht angemessen honoriert werden.

Wir erfüllen diese Ansprüche vom BAMF mit unserer Arbeit, doch das BAMF würdigt das überhaupt nicht. Wir erfüllen diese Ansprüche, weil wir mit Menschen arbeiten und ihnen so gut es geht helfen und da nicht an unser Honorar denken. Wir können und wollen die Qualität unserer Arbeit nicht gemäß unserem Honorar reduzieren. Doch gerade damit arbeitet sowohl das BAMF als auch die Politik und lässt uns verhungern. Peter Weiß

(GEW) *„Die Behörde deutet die Klausel sehr restriktiv, so dass ein Eingriff zur Sicherung der wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung der Lehrkräfte wie zur Garantie der Güte des Unterrichts sich von selbst verbietet. Von Vertrags- und Wettbewerbsfreiheit ist viel die Rede, nicht jedoch von sozialstaatlich begründeten Sicherungen, mit denen der Vertragsfreiheit Grenzen gesetzt werden müssen, damit den Lehrkräften ein angemessenes Einkommen gesichert wird und sie den Lehrkräften an öffentlichen Schulen gleichgestellt werden können.“*

Auf unsere Fragen, warum es damals mit dem Sprachverband möglich war, ein Mindesthonorar festzuschreiben und das mit dem BAMF nicht möglich ist, kritisierte das BAMF (Frau Jordan), dass zu Sprachverbandszeiten Kurse abgehalten worden wären, ohne jegliche Kontrolle. Es waren 300 Träger zugelassen, das wäre wettbewerbsfeindlich gewesen. Das Ergebnis in Bezug auf die Mittel war nicht akzeptabel, der Sprachverband hat für viel Geld wenige Kurse finanziert. Der Sprachverband hat auch viele Ausländer nicht erreicht.

Das BAMF hat den Markt eröffnet (Wettbewerbsfreiheit), heute gibt es laut BAMF ca. 1400 Träger (mehr als viermal so viele wie vorher). Dementsprechend gibt es auch mehr Lehrkräfte.

Als Lösung für das Problem der geringen Mittel und damit der geringen Honorierung der Lehrkräfte hatte das BAMF einen vorgefertigten Lösungsvorschlag im Ärmel, der uns erst mal sprachlos machte: um die finanzielle Situation der Honorarlehrer zu verbessern, könnte man nun die Zahl der Träger wieder reduzieren und damit die Zahl der Honorarlehrer um etwa die Hälfte reduzieren. Der Gedankengang, der uns bestechen sollte, geht in die Richtung, dass dann sozusagen doppelt so viel Geld für die Lehrer zur Verfügung stünde.

Frau Jordan sprach außerdem davon, dass die Integrationskurse wahrscheinlich in 10 bis 15 Jahren auslaufen werden, da dann alle Migranten ausreichend integriert wären. Die Teilnehmerzahlen in Integrationskursen gehen außerdem zurück, es wird zukünftig auf alle Fälle weniger Kurse geben und damit auch weniger Träger geben.

Das BAMF wolle diesen Vorschlag intern diskutieren. (Damit suggerierte das BAMF, dass das eine spontane Idee in Reaktion auf unsere eindringlichen Bitten war, die Honorare zu erhöhen).

Sollte das BAMF diese Idee realisieren, würden etwas die Hälfte der Träger bundesweit nicht mehr zugelassen und dementsprechend würden viele Lehrkräfte ihre Kurse verlieren, von denen sie zumeist hauptberuflich leben.

„konstruktive“ Lösung des BAMF:

Damit einige genug Honorar bekommen, müssen viele Lehrer ausgeschlossen werden!

Die Expansion der Trägerlandschaften war ja nicht unsere Idee, sondern die von Idee vom BAMF. Damit hatten wir nichts zu tun und genauso wenig wollen wir mit der Reduktion der Träger und Kurse zu tun haben. Das sollte nicht unsere Kampfrichtung sein! Wir wollen nach wie vor für **angemessene Honorare (siehe Forderungskatalog), eine soziale Absicherung und bessere Arbeitsverhältnisse** für alle kämpfen.

Die Lösung dieses Problems überlassen wir dem BAMF und der Politik. Integrationskurse sind nach wie vor sehr gefragt (siehe SZ-Artikel im Anhang). Das BAMF wird nicht darum herumkommen entweder die vorhandenen Mittel anders zu verteilen oder sie aufzustocken.

Das BAMF gab uns mit auf den Weg, dass wir nicht nur immer ihr Amt mit unserem Protest behelligen sollten, sondern auch bei den Trägern und den Politikern Dampf zu machen, das BAMF wolle an diesen verschiedenen Hebeln ebenfalls ansetzen.

Das BAMF möchte uns gegen die Träger aufhetzen, um uns zu spalten. Unser Ziel soll es sein, langfristig mit den Trägern zusammen für bessere Verhältnisse zu kämpfen. Das

bedeutet aber nicht, dass wir nicht gegen Träger vorgehen würden, die uns - ausgebeutet vom BAMF - noch zusätzlich ausbeuten. Einerseits möchten wir gerne mit den Trägern zusammenarbeiten, andererseits unterstützen wir alle KollegInnen, die ausbeuterische Träger bestreiken.

Wir müssen uns organisieren, uns mit fairen Trägern zusammenschließen und mit den Gewerkschaften im Rücken kämpfen!!!

Das BAMF geht von Honorarlehrern aus, die nur temporär in diesem Job arbeiten

Auf die Frage, wie wir Honorarlehrer von diesem Hungerhonorar leben sollten und eine Altersvorsorge organisieren sollten, (wir möchten im Alter keine Almosen!) kam die zynische Reaktion von Frau Jordan, dass es eine Illusion sei, als freiberuflicher Honorarlehrer im Bereich der Integrationskurse zu arbeiten und davon eine Altersvorsorge finanzieren zu wollen. Auf die Zusatzfrage „Wovon denn sonst?“, antwortete sie, dieser Job wäre eine Art Sprungbrett in eine besser bezahlte Arbeit – aber nicht *mehr*. Man kann von dieser vorübergehenden Maßnahme der Bundesregierung (=Integrationskurse) eigentlich nicht erwarten, den Lebensunterhalt und die Altersvorsorge zu bezahlen, dafür sind die Integrationskurse nicht gedacht. Wir wiesen auf das skandalöse Missverhältnis des Anforderungskatalogs seitens des BAMF hin und der unzureichenden Honorierung. Dieser Vergleich war Frau Jordan aber zu emotional.

Es muss unbedingt geklärt werden, wer wir für das BAMF sind, eigentlich existieren wir für das BAMF nicht. Nach den Erklärungen von Frau Jordan, geht das BAMF augenscheinlich von Honorarlehrern aus, die diesen Job 2,3 Jahre lang machen und dann in eine besser bezahlte Stelle wechseln. Und immer wieder kommen „frische“ Honorarlehrer nach, die auch nicht ihre ganze Lebensplanung in die Hände der Integrationskurse legen, sondern flexibel sind und irgendwie in eine besser bezahlte Stelle wechseln.

Ist das wirklich so ???

Dann sollten wir aufhören zu kämpfen und uns schnell eine andere Arbeit suchen. Und diejenigen, die noch jung sind, sollten ihre Haut retten!!!

Aber wenn dem nicht so ist, sollten wir uns zusammenschließen (und gewerkschaftlich organisieren!) und das BAMF und die Politiker spüren lassen, dass wir keine temporären Phänomene im Bereich der Integrationskurse sind!!!!

Das BAMF hat bei den Ausschreibungen 15 Euro Mindesthonorar zur Auflage gemacht. Wir fragten nach, woher diese Summe von 15 Euro kommt. Das BAMF zog sich hier bei dieser Frage aus der Verantwortung und wollte und konnte? keine Begründung geben.

Warum hat das BAMF in den letzten 5 Jahren nicht mehr Mittel von der Regierung gefordert, nachdem es schon länger gesehen hat, in welchen desolaten Tiefen die Honorare sich bewegen und nachdem ja sogar die Ramboll-Studie ergeben hat, dass die Honorarlehrer die großen Verlierer seit Einführung der Integrationskurse sind. Die Antwort vom BAMF war: „Schauen Sie doch mal, was draußen los ist, überall gibt es zu wenig Geld!“ Eine Anspielung auf die Wirtschaftskrise und das sollte wohl heißen, seien Sie doch froh, dass Sie überhaupt eine Arbeit haben! Wir entnehmen diesen Worten, dass es für das BAMF überhaupt nicht in Frage kommt, von der Politik mehr Mittel für die Lehrkräfte einzufordern. 2009 gibt es 174 Mill. € und mehr kann nicht eingefordert und ausgegeben werden. Peter Weiß brachte es bei dem Gespräch auf den Punkt: „Sie betreiben also nur die Verwaltung des Mangels!“

Um die Situation besser beurteilen zu können, brauche das BAMF genaue Kalkulationen von Trägern. Über die Berechnung, die die Lehrkräfte aus München von einem Träger mitbrachten, der keinen Gewinn macht, eher noch Verlust, lachte sie nur und meinte, warum denn die Träger sich so um die Integrationskurse reißen würden.

Wir haben auf keine einzige Frage konkrete Antworten bekommen. Wir haben bei allen Forderungen sehr genau argumentiert und mit Zahlen und Tabellen gearbeitet, und das BAMF hat alles abgeschlagen, ohne Gegenargumente zu geben. Es stand nur der Vorschlag dann zum Schluss im Raum, dass sie über die Idee nachdenken, die Träger zu reduzieren.

Während des Gesprächs wurde die Forderung von uns Lehrkräften sehr deutlich, es gab auch Sequenzen, die dem BAMF (kurz) peinlich waren, als etwas die Sprache auf die konkrete Einkommenssituation und die Unmöglichkeit einer Altersvorsorge angesprochen wurde. Insgesamt war das Gespräch aber über Strecken seitens des BAMF sehr zynisch und gefühllos: wir sind nur zu retten, wenn wir als unsere eigenen Henker auftreten (die Hälfte von uns weg – dann wird's besser!)

Gespräche mit dem BAMF waren noch nie besonders angenehm, doch dieses Gespräch war die Krönung der Härte. Es ist uns klargeworden, dass wir viele andere Mittel brauchen, dass wir endlich beginnen sollten, uns zu organisieren, es gibt keine andere Alternative (außer: kapitulieren, Jobwechsel, abwandern...)

Die GEW hat uns vor und während und nach dem Gespräch sehr gut und stark begleitet. Sie setzt sich mit allem, was sie hat, für uns ein, obwohl nur ca. ein Zehntel von uns gewerkschaftlich organisiert sind.

Aufgezeichnet von Reza und Ilse